

99 Mediziner aus politischen Gründen in Haft

Nach Angaben der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international sind derzeit 99 Angehörige von Heilberufen (Ärzte und Zahnärzte, Schwestern, Medizinstudenten u. a.) in 22 Ländern der Erde aus politischen Gründen inhaftiert. Einige sind spurlos verschwunden.

In einer „List of Medical Personnel in Prison“, die auch von der deutschen Sektion der Organisation verbreitet wird, sind folgende Länder (in Klammern die Zahl der Inhaftierten) aufgeführt:

Argentinien (2), Brasilien (10), Bulgarien (2), Chile (6), Cuba (1), DDR (33), Haiti (1), Indonesien (11), Jugoslawien (1), Mali (1), Marokko (1), Namibia (= Südwest-Afrika, 2), Paraguay (4), Polen (1), Rhodesien (1), Rumänien (1), Singapur (2), Süd-Afrika (5), Spanien (2), Taiwan (= National-China, 2), Sowjetunion (8) und Uruguay (2). Diese Liste – darauf weist Pressesprecher Dieter Brumm von der deutschen Sektion in Hamburg eigens hin – sei nicht vollständig; sie gebe lediglich den gesicherten Erkenntnisstand seiner Organisation zum Erhebungszeitpunkt, dem 30. Juni 1976, wieder.

Unter den 33 für die DDR aufgeführten Medizinalpersonen lassen sich nach der Liste von amnesty international die folgenden als Ärzte ausmachen (in Klammern das Alter, es fällt auf, daß die meisten noch relativ jung sind): Rudolf Altmann (35), Irmtraud und Siegfried Erdmann (33 bzw. 39), Karl Heinz Funk (31), Friedrich Herzog (39), Ekkehard Huhn (29), Hans Igel, Heinz Jochen Kellner (27), Helmut Koerner (43), Michael Kornetzky (33), Eckard Richter (36), Werner Schaelicke (52), Friedrich Wilhelm Schmidt (32), Ulf Schulz (44), Gisela und Peter Tolksdorf (33 bzw. 41) sowie Karin und Hans-Jürgen Uhlig (31 bzw. 34). Bis auf Schaelicke sollen diese Ärzte wegen versuchter Republikflucht einsitzen, Schae-

licke – übrigens, ausweislich der Liste, SED-Mitglied – wahrscheinlich wegen unerwünschter Meinungsäußerungen.

Als Motive, die DDR zu verlassen, vermutet amnesty international zwar in einigen Fällen die Suche nach einem höheren Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland; doch viele Ärzte versuchten aus politischen Gründen zu fliehen. Der berufliche Aufstieg hänge nämlich oft von der Mitgliedschaft in der SED ab. Wer sich weiterbilden wolle, müsse in einer kurzen „politischen Dissertation“ sein Vertrautsein mit der offiziellen marxistisch-leninistischen Ideologie nachweisen. Ärzte würden zudem veranlaßt, entgegen ihrer Berufsauffassung Parteifunktionäre bevorzugt zu behandeln. NJ

Anspruch auf Familienkrankenhilfe ausgeweitet

Durch eine Änderung des Bundeskindergeldgesetzes und des § 205 RVO kann ab 1. September 1976 auch für Kinder, die zwar das 18. aber noch nicht das 23. Lebensjahr vollendet haben, Kindergeld gezahlt und Familienkrankenhilfe geleistet werden. Voraussetzung ist, daß die Kinder eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder fortsetzen können oder nicht erwerbstätig sind und weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe beziehen, jedoch der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen. Bisher endete der Anspruch auf Kindergeld und Familienkrankenhilfe für Jugendliche, die nicht in der Schul- bzw. Berufsausbildung stehen, mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Krankenkassen, wie die Kaufmännische Krankenkasse in einer Pressemitteilung erläutert, erhalten für die Belastungen, die mit dem beitragsfreien Krankenversicherungsschutz im Rahmen der Familienhilfe entstehen, vom Bund einen monatlichen Beitragszuschuß von je 50 DM. EB

Ersatzkassen: Mehr als 15 Millionen Versicherte

Die sieben Angestellten-Krankenkassen konnten die Zahl der Mitglieder im vergangenen Jahr um 239 290 oder 2,71 Prozent auf 9 063 772 steigern. Einschließlich der mitversicherten Familienangehörigen wurden im vergangenen Jahr über 15 Millionen Versicherte betreut. Der Anteil der Rentner am Gesamtmitgliederbestand liegt jetzt bei 14,4 Prozent – gegenüber 13,5 Prozent im Jahr zuvor.

Die Gesamtausgaben erhöhten sich im vergangenen Jahr um rund 2,9 Milliarden DM (+ 22,3 Prozent) auf 15,8 Milliarden DM. Je Mitglied wurden 1975 rund 1747 DM ausgegeben; dies entspricht einer Zunahme um 280 DM oder 19,1 Prozent. Größter Ausgabenposten der Ersatzkassen ist wie im Vorjahr die Krankenhausbehandlung; sie verschlang mit 3,9 Milliarden DM etwa ein Viertel aller Leistungsausgaben. Je Mitglied wurden 430 DM aufgewendet, das sind 15,5 Prozent mehr als 1974. Auf dem zweiten Platz liegen die Ausgaben für ärztliche Behandlung mit 3,5 Milliarden DM. Dies sind 572 Millionen DM oder 19,4 Prozent mehr als 1974. Die Aufwendungen je Mitglied stiegen um 16,2 Prozent auf 388 DM. Die Zahl der Behandlungsfälle für Mitglieder liegt jetzt bei 7,27; zehn Jahre zuvor betrug sie noch 5,74.

Für zahnärztliche Behandlung (ohne Zahnersatz) wurden 1,5 Milliarden DM ausgegeben (+ 22,4 Prozent). Die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel aus Apotheken nahmen um 12,2 Prozent auf 234 DM je Mitglied zu. DÄ

In einem Satz

Abtreibungen – Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche hat in der DDR – laut der Nachrichtenagentur ADN – seit 1973 jährlich um etwa zehn bis zwölf Prozent abgenommen. DÄ